

Pressemitteilung

Politische Bildung muss Selbstverständlich sein

Dresden, 31. Januar 2023. Der 27. Januar steht im Zeichen des internationalen Holocaust-Gedenktags, am 30. Januar 2023 jährt sich die Machtergreifung der Nationalsozialisten zum 90. Mal.

Aus diesem Anlass sowie anlässlich der am Montag unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zwischen dem SMK und dem SMJusDEG betont der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) die Wichtigkeit politischer Bildung.

»Politische Bildung legt den Grundstein für eine demokratische Gesellschaft. Durch sie erlernen Schüler*innen das Wissen und die Kompetenzen, mit welchen sie sich ein Urteil bilden und am demokratischen Diskurs teilnehmen können. Sie schafft ein Bewusstsein für die Rechte und Freiheiten, die in der Demokratie selbstverständlich wirken«, erklärt Lilly HÄRTIG, Vorsitzende des LSR.

Aus Sicht des LSR ist im Vergleich mit anderen Bundesländern noch einiges aufzuholen, was die Finanzierung vieler außerschulischer Angebote angeht. Es darf keine Frage des sozialen Status sein, ob und wie man sich politisch weiterbilden kann. Denn nur durch eine reflektierte und verantwortungsbewusste Gesellschaft kann der demokratische Diskurs auch weiterhin gewährleistet werden. Darüber hinaus muss politische Bildung als Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern präsent sein - nicht nur auf dem Papier, sondern im tatsächlichen Unterricht.

Darüber hinaus betont HÄRTIG: »Politische Bildung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Politik und Demokratie sind oft komplex, politische Bildung muss deshalb für alle Schüler*innen gewährleistet sein, sie muss verständlich, niederschwellig und praxisnah erfolgen. Sie muss zum Engagement motivieren und Mitsprachemöglichkeiten aufzeigt. Sie muss die Bedeutung von Politik und Demokratie allen nahebringen können, auch diejenigen Schüler*innen, die sich nicht schwerpunktmäßig für diese Themen interessieren. In Sachsen haben diese Punkte noch Potenzial bei der Entwicklung. Der mit dem Konzept 'W wie Werte' begonnene Prozess muss auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, jede Stärkung der politischen Bildung ist eine Stärkung der demokratischen Gesellschaft«. Unabhängig vom Tag der offenen Hochschultür weist der LSR zudem darauf hin, dass ein kostenfreies und sachsenweit gültiges Bildungsticket für Schüler*innen und Azubis dieses Problem ebenso lösen würde.